

Kollmannsberger: Heimat auf den Hügeln. Geschichte der Orte Ottenburg, Günzenhausen und Deutenhausen, Eching 1983.

<sup>3</sup> Pankraz Fried: Die Landgerichte Dachau und Kranzberg. München 1958, S. 208–211 (HAB, Tl. Altbayern, H. 11/12).

<sup>4</sup> Fried, Landgerichte, S. 210f.

<sup>5</sup> Folgenden Ausführungen liegen, wenn nicht anders vermerkt, zugrunde BayHStA, GL Faszikel 3198.

<sup>6</sup> Zahlen bei Stephan Kellner: Massenhausen und Ottenburg: Zwei Freisinger Hofmarken in der Auseinandersetzung mit Landgericht und Adel. In: Glaser, Hochstift, S. 229–241, hier S. 231.

<sup>7</sup> Etwas abweichend dazu Ernest Geiß: Die Reihenfolgen der Gerichts- und Verwaltungsbeamten Altbayerns. In: OA 26 (1865/66), S. 105. Er nennt als Amtszeiten 1741–1757, 1768–1769 und 1773–1781. – Vgl. Personalakt in: BayHStA, GL Faszikel 3196 und 3197.

<sup>8</sup> Joseph Schmetz: Flurnamenkunde. München 1997, S. 65f.

<sup>9</sup> Max Klement von Bellval, Pfleger 1758/1759 und 1766/1767.

<sup>10</sup> Georg Friedrich Bolles, Pfleger von 1770–1773.

<sup>11</sup> Josef Köstler: Geschichte des Waldes in Altbayern. Diss. München 1934.

Anschrift des Verfassers: Helmut Modlmayr, Weinberg 1, 85376 Massenhausen

## Zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstentfeldbruck

(3. Teil)

Von Peter Bierl

In ersten Teil dieser Serie (*Amperland* 43/1 [2007], S. 11–18) habe ich die Bildung der Spruchkammer Fürstentfeldbruck, die als erste in ganz Bayern im Mai 1946 ihre Arbeit aufnahm, und die Querelen um ihre personelle Besetzung dargestellt. Der zweite Teil diente der Darstellung von Entnazifizierungsverfahren, wobei ich überwiegend führende lokale Funktionäre von Regime und Partei sowie SA- und SS-Angehörige ausgewählt habe (*Amperland* 43/2 + 3 [2007], S. 81–89 und S. 124–132). In diesem Schlussteil sollen Mechanismen der »Mitläuferfabrik« kritisch analysiert und Beispiele gezeigt werden, wie die Entnazifizierung den Auftakt für kommunalpolitische Karrieren darstellte.

Bis Dezember 1948 hatte die Spruchkammer von Fürstentfeldbruck die Masse der Fälle bearbeitet. In zweieinhalb Jahren hatte sie die Meldebögen von über 49 000 Bewohnern des Landkreises geprüft und davon etwa 1700 Fälle verhandelt. Betroffen waren so gut wie sämtliche erwachsenen Bewohner des Landkreises.<sup>1</sup> Allein diese Menge hätte die Männer und Frauen der Spruchkammer überfordert. Obendrein wurden Mitarbeiter von ehemaligen Nazis und ihren Freunden bedroht und unter Druck gesetzt. In der Öffentlichkeit schwand der Rückhalt, wie aus Berichten der US-Behörden und der politischen Parteien hervorgeht.<sup>2</sup> Wie sollten sie an einem Ort weiter leben, wenn sie einen relevanten Teil der Bevölkerung, darunter viele Angehörige der sozialen, ökonomischen und politischen Elite, verurteilten? Welche sozialen und beruflichen Perspektiven hätten sie in den ländlichen Gemeinden und der Kleinstadt Fürstentfeldbruck gehabt?

»Davon haben wir nichts gewünscht«

»Mir sind die Verhältnisse in Fürstentfeldbruck genau bekannt, um zu wissen, dass hier von einer Denazifizierung überhaupt nicht gesprochen werden kann. Die belasteten wie unbelasteten Bürger sind durch Freundschafts- und Verwandtschaftsbande so sehr miteinander verfilzt, dass jeder eine Abfuhr erleidet, der den Versuch macht, gegen einen früheren Pg, einen Militaristen oder sonst wie Belasteten vorzugehen«, urteilte ein Bürger am 10. Mai 1946, zehn Tage vor der ersten öffentlichen Verhandlung der Brucker Spruchkammer.<sup>3</sup>

Die für diese Serie ausgewerteten Akten von rund 70 Fällen zeigen, dass die Kammer die Dimension der NS-Verbrechen, vor deren Hintergrund die Beteiligung Einzelner zu beurteilen gewesen wäre, nicht begriff oder verdrängte. Die Maxime »Davon haben wir nichts gewünscht« scheint auch für das Spruchkammerpersonal gegolten zu haben. Dabei hatte die NSDAP im Frühjahr 1933 ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner in aller Öffentlichkeit ausgeschaltet. Der Terror

gegen jüdische Bürger, Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Arbeitersportler, den insbesondere die SA ausübte, konnte auch im Landkreis Fürstentfeldbruck niemandem verborgen bleiben. In aller Öffentlichkeit diskriminierte, beraubte und verfolgte das Regime in ganz Deutschland die jüdische Bevölkerung. In der »arischen« Bevölkerung waren frei gewordene »Judenwohnungen« begehrt. Die berüchtigten Nürnberger »Rassengesetze« von 1935 verkündete der NS-Staat in aller Offenheit und als Errungenschaft der neuen Ära. Die *Fürstentfeldbrucker Zeitung* berichtete am 15. November 1938, dass die Juden, die »noch« im Landkreis ihren Wohnsitz hatten, »vor einigen Tagen«, gemeint ist die Pogromnacht vom 9. November, festgenommen worden seien und dass »dieselben hier nicht mehr Wohnung beziehen« würden. »So können wir nun den Kreis Fürstentfeldbruck als judenfrei melden«, verkündete das Blatt.<sup>4</sup> Was mögen die Leser dieser Zeilen gedacht haben?

Die deutschen Volksgenossen hatten von der Verfolgung und Vernichtung von Juden mehr mitbekommen, als sie nach dem Krieg glauben machen wollten. Zwar wussten nicht alle alles, aber viele vieles.<sup>5</sup> Die Verbrechen des Regimes waren nur möglich dank eines Partei- und Staatsapparates mit Hunderttausenden von Funktionären und weil Millionen von Deutschen mit den Zielen des Regimes zumindest partiell übereinstimmten und in der Wehrmacht und an der »Heimatfront«, in den Massenorganisationen bis zuletzt »ihre Pflicht taten«, wie der Kreispropagandaleiter Willy Reinhard aus Kottgeisering oder der SA-Sturmführer Georg Moll aus Olching der Spruchkammer erklärten. Motiviert und begründet waren diese Untaten durch eine antisemitische und rassistische Ideologie, die von deutschen Intellektuellen wie Julius Langbehn, nach dem bis heute eine Straße in Fürstentfeldbruck benannt ist, seit dem frühen 19. Jahrhundert entwickelt und verbreitet und von weiten Teilen der Bevölkerung geteilt wurde.

### Die Mechanismen der Mitläuferfabrik

Das Rückgrat und die Basis des NS-Regimes stellten jene kleinen Funktionäre im kommunalen Bereich dar, mit denen es die Spruchkammern zu tun hatten. Die in Teil 2 der Serie vorgestellten Einzelfälle illustrieren dabei die verschiedenen Mechanismen ihrer Rehabilitierung:

1. In den meisten der hier untersuchten Fälle (40 von 72) erreichten die Betroffenen bis zum Ende des Verfahrens deutlich günstigere Sprüche: Meistens wurden sie herabgestuft (38), darunter zwölf vormalige NS-Angehörige, die nach der ersten Instanz als Hauptschuldige galten. In zwei Fällen wurde das Strafmaß, in der Terminologie des Verfahrens als

Sühne bezeichnet, herabgesetzt, wie bei NS-Kreisleiter Franz Emmer, der schließlich nur 500 Mark zahlen musste, statt, wie in der ersten Instanz beschlossen, sein ganzes Vermögen zu verlieren. Auch in Fürstfeldbruck lässt sich damit der von den US-Behörden bemängelte Prozess des »downgrading« nachweisen: Von Instanz zu Instanz fielen die Urteile milder aus. In 25 Fällen blieb die Einstufung gleich, allerdings handelte es sich hierbei um Personen, die gleich als Mitläufer eingestuft worden waren (19) oder in den Genuss der Weihnachtssamnestie kamen (4), also kaum ein Motiv hatten, in Berufung zu gehen. In nur einem Fall kam der Betroffene am Ende mit einem schlechteren Urteil davon: Statt die Weihnachtssamnestie zu bekommen, wurde er zum Mitläufer erklärt.<sup>6</sup>

2. Die Ermittlungen der Spruchkammer beschränkten sich in der Regel auf Anfragen bei örtlichen Behörden, Parteien, Gewerkschaften und Betriebsausschüssen, entsprechend dünn war oft die Beweislage. Bei einigen milden Urteilen intervenierte die Special-Branch-Abteilung der US-Militärbehörden und lieferte belastendes Material.

3. Auswärtige Aktivitäten von Brucker NSDAP-Mitgliedern, etwa in den von den Deutschen okkupierten Ländern, recherchierte die Kammer in keinem der hier untersuchten Verfahren, wie der Fall eines Ortsbauernführers aus Wildenroth zeigt, der als landwirtschaftlicher Sonderbevollmächtigter der Wehrmacht in der Ukraine tätig war. Der politische Ausschuss der Gemeinde Wildenroth bezichtigte ihn, aus dieser Funktion »vermutlich in nennenswertem Umfang Vorteile« gezogen zu haben, denn seine wirtschaftliche Lage habe sich in dem Zeitraum erheblich gebessert.<sup>7</sup> Im Fall eines Bauunternehmers aus Esting, der in Polen tätig gewesen war, wurden lediglich Rechnungen und Steuererklärungen sowie etwaige Schiebereien aus der Nachkriegszeit geprüft.<sup>8</sup>

4. Ein großes Manko ist, dass überlebende Opfer selten in den Verhandlungen auftraten. Manche entlasteten die Täter noch durch wohlwollende Aussagen. Ausnahmen waren das Ehepaar Lehmann in den Prozessen gegen den Brucker Ortsgruppenleiter Heinrich Böck und den Kunstmaler Ernst Crasser oder der Sozialdemokrat Josef Schäflein gegen den SA-Mann Anton Bauer. Eine Rarität waren ausländische Zwangsarbeiter als Belastungszeugen wie in der ersten Verhandlung gegen den Brauer Jakob Sedlmayr.

5. Je größer die Belastung, desto mehr »Persilscheine« sammelten die Betroffenen, manche wie der Eichenauer NS-Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Gustav Eberth brachten ganze Unterschriftenlisten zustande. Auffällig ist, wie viele solche Erklärungen von ehemaligen NS-Parteigenossen stammten. Kreisleiter Franz Emmer und Ortsgruppenleiter Böck scheinen im Internierungslager genügend Mühe gehabt zu haben, um Dutzende solcher Erklärungen für ihre früheren Parteigenossen zu schreiben.

6. Die Entnazifizierung zeigte, dass die meisten Nazis Feiglinge und Spießier waren, die nur in der Horde oder als Uniformträger mit der Staatsmacht im Rücken gegen Wehrlose stark waren. Sie hatten die Chance, ihre Seelennöte zu präsentieren, weil auf Vorschlag deutscher Politiker als wesentliches Kriterium für ihre Einstufung die »innere Einstellung« galt. Demgegenüber verloren ihre Funktionen und Taten an Gewicht. Vor der Spruchkammer bekannten sich nur wenige wie Emmer oder der Gröbenzeller Ortsgruppenleiter Martin Steger zu ihrer früheren Haltung. Alle spielten ihre Untaten herunter, rechtfertigten sie mit Befehlsnotstand und schoben die Verantwortung auf Vorgesetzte oder behaupteten, Schlimmeres verhütet zu haben.

7. Die Selbstdarstellung von Tätern, insbesondere der sogenannten alten Kämpfer, also der Parteimitglieder, die in den 1920er Jahren schon dabei waren, und der »Blutordensträger«, Teilnehmer am Hitlerputsch vom 9. November 1923, als verführte Idealisten wertete die Brucker Spruchkammer im Regelfall als mildernden Umstand.

8. Wer vor 1933 zur Nazi-Partei gegangen war, stellte sich gerne als Naivling dar, der auf falsche Versprechen hereingefallen war. Wer nach der Machtübergabe eingetreten war, behauptete gerne, genötigt worden, jedenfalls kein Aktivist gewesen zu sein, nur höchst selten Uniform getragen oder an einer Veranstaltung teilgenommen zu haben. Beide Argumentationslinien hatten Chancen, von der Kammer akzeptiert zu werden. Naheliegender wäre gewesen, Altparteigenossen als Überzeugungstäter und die anderen, darunter der größte Teil der Brucker Geschäftswelt, als Opportunisten zu betrachten und entsprechend zu bestrafen.

9. Häufig wertete es die Kammer als mildernden Umstand, wenn ein Nazi katholisch war oder im Kirchenchor gesungen hatte. Bekanntesten sich NSDAP-Mitglieder als »gottgläubig«, waren also aus der Kirche ausgetreten oder gehörten gar der fanatischen »Deutschen Glaubensbewegung« an, war das auch nicht weiter schlimm; auch hier ließ die Kammer Gnade walten.<sup>9</sup> Auffällig ist die große Zahl von »Persilscheinen«, die von Geistlichen verfasst wurden.

10. Offensichtliche Irrtümer, Widersprüche oder Falschaussagen von Beschuldigten und Entlastungszeugen scheinen in vielen Fällen keine negativen Konsequenzen gehabt zu haben. So behaupteten der Kunstmaler Franz Xaver Wölfler und seine Entlastungszeugen, dieser habe sich als Künstler nie propagandistisch betätigt.<sup>10</sup> Dem Kreispropagandaleiter Reinhard ließ die Kammer die Aussage durchgehen, er habe als Künstler lediglich Säle dekoriert und Stühle aufgestellt.<sup>11</sup> Belastendes Material, das sich in einem Verfahren ergab, wurde in anderen oft nicht verwendet.<sup>12</sup> Der Fall Wölfler ist ein eklatantes Beispiel für das von den Brucker US-Behörden gerügte »whitewashing« von Nazis. Das Verfahren zeigt, dass mangelhafte Ermittlungen nicht bloß auf die schiere Masse der Fälle zurückzuführen sind und Falschaussagen deshalb untergingen und folgenlos blieben. Wölfler war der NSDAP 1933 beigetreten und hatte in Zankenhausen als Organisationsleiter gewirkt. Seine Hitlergemälde fehlten während der NS-Zeit in keiner Brucker Ausstellung und wurden in der Lokalpresse gewürdigt. Sein Entlastungszeuge Max Landschreiber, vormaliger Vorsitzender der Künstlervereinigung, hatte diese Ausstellungen selber besucht.<sup>13</sup> Die Kommission für Kulturschaffende in München hatte obendrein die Kammer eigens aufgefordert, zu überprüfen, ob Wölfler nicht durch »Führer-Bilder und ähnliches« sein Einkommen gesteigert und sich in den Dienst der NS-Propaganda gestellt habe.<sup>14</sup>

11. Innerlich und insgeheim hätten sie das Regime abgelehnt und politischen Gegnern und Juden geholfen, behaupteten viele Nazis im Entnazifizierungsverfahren. In wenigen Einzelfällen mag das stimmen, sonst hätte Berthold Lehmann, der jüdischer Herkunft war, sich nicht zwei Jahre lang bis Kriegsende mitten in Bruck verstecken können. Auch die Familie des Malers Henrik Moor konnte nur dank der Hilfe des Landrats Karl Sepp überleben. Bloß gab es im Landkreis gar nicht genug Juden und Antifaschisten für all die vielen angeblichen Helfer. Wenn wahr wäre, was die Betroffenen den Spruchkammern weismachten, wäre der Landkreis ein Hort antifaschistischen Widerstandes gewesen, wo die Leute ständig Hitlerwitze gerissen, Feindsender gehört und der Kreis-

leiter bei den Aufmärschen ziemlich allein dagestanden hätte. So behauptete der Organisationsleiter der NSDAP in Maisach, er sei trotz des Amtes nur Parteigenosse und kein Nationalsozialist gewesen.<sup>15</sup> Er sei der Partei unter Druck beigetreten und habe Aufgaben übernehmen müssen, »die mir innerlich gegen den Strich gingen«, etwa Kreuzfixe abhängen, was er aber nicht getan habe. »Ich stand somit gegen den »Nazigeist« aktiv im Widerstand«, schrieb Josef Kölbl 1947. Kölbl stammte aus Schwandorf und trat als Lehrer in Altenerding, Landkreis Erding, 1934 »notgedrungen« dem NS-Lehrerbund bei. 1939 wurde er an die Schule in Maisach versetzt, deren Leitung er 1943 übernahm. Der NSDAP trat Kölbl 1937 bei und amtierte ab November 1939 als Organisationsleiter der Ortsgruppe.<sup>17</sup> Zu den Aufgaben, die ihm angeblich gegen den Strich gingen, gehörte es, die Bevölkerung für Naziveranstaltungen zu mobilisieren. So schrieb Kölbl am 1. November 1939, die Einwohner von Malching sollten zahlreich zu einer Veranstaltung mit Kreisleiter Emmer erscheinen, um diesem zu beweisen, »dass uns in der Heimat kein Opfer zu gross ist, wenn es gilt, die Geschlossenheit der inneren Front zum Ausdruck zu bringen.«<sup>18</sup> Der Hauptlehrer wurde 1946 von der Spruchkammer als minderbelastet, Gruppe 3, und am Ende des Verfahrens 1948 als Mitläufer eingestuft.

#### *Privatstreitigkeiten vor der Spruchkammer*

Köbls Akte enthält keine Belege für etwaige Widerstandsaktivitäten, dafür neben vielen »Persilscheinen« das Schreiben einer Frau, die dem Lehrer vorwarf, sie zweimal denunziert zu haben, um ihre Wohnung zu bekommen.<sup>19</sup> In solchen Fällen hätte die Spruchkammer feststellen müssen, ob der Vorwurf berechtigt war oder ob es sich um einen Nachbarschaftsstreit handelte, der auf diesem Wege fortgesetzt wurde. Ähnlich gelagert war der Fall des SS-Mannes Karl Stölzle aus Bruck, der von einer Nachbarin angezeigt wurde. Der Mann sei in Russland an Erschießungen beteiligt gewesen, schrieb die Frau der Stadtverwaltung. Stölzle reagierte mit einer Anzeige wegen Verleumdung und bezichtigte seinerseits die Nachbarn selbst schlimme Nazis gewesen zu sein. Im Spruchkammerverfahren gegen den SS-Mann spielte der Vorwurf, in Russland an Verbrechen beteiligt gewesen zu sein, keine Rolle. Aus den Akten geht auch nicht hervor, dass in dieser Hinsicht ermittelt worden wäre.<sup>20</sup>

Doch auch Familienstreitigkeiten landeten vor der Spruchkammer. Bürgermeister Ludwig Hinträger aus Adelshofen war der NSDAP im Mai 1933 beigetreten. Er amtierte als Zellenleiter und leitete die Ortsgruppe ab 1939. Außerdem gehörte der Mann der NS-Volkswohlfahrt (NSV), dem Krieger- und dem Kolonialbund an. Im NSV fungierte er als Zellenleiter, im Kolonialbund als Kameradschaftsführer. Vor der Spruchkammer musste sich Hinträger auch mit dem Vorwurf der Denunziation auseinandersetzen. Zu seinen Gunsten wurden 20 »Persilscheine« verfasst, drei davon von früheren NS-Parteigenossen.<sup>21</sup> Als Belastungszeuge trat sein Schwager Josef Hartl auf, CSU-Kreisrat und Beisitzer der Spruchkammer.<sup>22</sup> Der Anwalt des Ex-Nazi-Bürgermeisters deckte auf, dass der Schwager bis September 1934 der SA angehört hatte.<sup>23</sup> Das Sonderministerium für Entnazifizierung entthob ihn daraufhin seines Amtes als Beisitzer.<sup>24</sup> Der Streit zwischen den Verwandten ist ab 1940 aktenkundig. Der Bürgermeister sorgte dafür, dass sein Schwager als Vorsitzender eines Wasserzweckverbandes abgesetzt wurde. Hinträger beschrieb Hartl in einem Brief an Kreisleiter Emmer als »starken Gegner«, der kein Interesse am Nationalsozialismus habe.<sup>25</sup>

Der Kläger der Spruchkammer des Lagers Moosburg, in dem Hinträger interniert war, bezeichnete den ehemaligen Bürgermeister als »eifrigen Förderer der NS-Ideologie«.<sup>26</sup> Die Spruchkammer in Bruck stufte ihn als minderbelastet, Gruppe 3, ein und verhängte 1000 Reichsmark Sühne. Er habe Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene gut behandelt und Nazigegner vor dem KZ gerettet.<sup>27</sup> Im Nachverfahren wurde der Mann zum Mitläufer herabgestuft und das Verfahren von der Hauptkammer München im Oktober 1950 eingestellt.<sup>28</sup>

#### *Der Fall des Landrats Karl Sepp*

In einem einzigen der hier untersuchten Verfahren behauptete der Beschuldigte meiner Ansicht nach zu Recht, verfolgte Juden geschützt zu haben. Die Angaben des Bezirksamtmanns bzw. seit 1939 Landrats Karl Sepp werden durch Akten aus der NS-Zeit gestützt sowie durch die Aussagen einer glaubwürdigen Zeugin. Andererseits war Sepp belastet und aus seinen Äußerungen geht hervor, dass er als Rechtskonservativer durchaus bereit gewesen wäre, mit der NSDAP gegen die Linke zu paktieren. Sepp war der NSDAP am 1. Mai 1937 beigetreten. Er war außerdem seit 1933 förderndes Mitglied der SS und gehörte der NS-Volkswohlfahrt, dem NS-Beamtenbund, dem Reichskolonialbund und dem »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA) an.<sup>29</sup> Außerdem organisierte Sepp während des Krieges Razzien gegen geflüchtete Zwangsarbeiter.

Am 1. Mai 1945 hatten US-Soldaten den Bezirksamtmann festgenommen. Sepp blieb bis Juli 1946 in den Internierungslagern Heilbronn und Ludwigsburg. Im Unterschied zu anderen sammelte Sepp keine »Persilscheine« zu seiner Verteidigung. Lediglich der frühere Bürgermeister und zeitweilige Spruchkammervorsitzende Anton Uhl schrieb, Sepp sei kein Nazi gewesen. Der Olchinger Bürgermeister Josef Tauscheck (SPD) berichtete, der Landrat habe 1933 versucht, ihn aus der Haft zu befreien. Anita Moor schilderte, wie Sepp sie und die Familie des Malers Hendrik Moor, die jüdischer Herkunft war, schützte.<sup>30</sup>

Sepp war bei den Brucker Nazis nicht beliebt. Am 9. März 1933 hinderte er einen Nazitrupp daran, auf dem Gebäude des Landratsamtes die Hakenkreuzfahne zu hissen. Keine zwei Wochen später schickte die Ortsgruppenleitung der NSDAP einen Beschwerdebrief an die Regierung und verlangte, Sepp des Amtes zu entheben. Ortsgruppenleiter Adolf Schorer, wenig später Bürgermeister von Bruck, berichtete, Sepp setze sich für Sozialdemokraten und Kommunisten ein und sabotiere die Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose. Schorer erwähnte außerdem die Flaggenaktion.<sup>31</sup> Ein Blockwart und NS-Gemeinderat aus Emmering berichtete, der Bezirksamtmann verhalte sich alles andere als NS-konform.<sup>32</sup> Der Kassierer der Brucker NSDAP, Lorenz Mark, denunzierte Sepp bei der Gauleitung in einem Nachbarschaftsstreit. Der Bezirksamtmann würde einen Sozialdemokraten schützen, dessen Sohn in der Pucher Straße Autos repariere und ihn, Mark, mit Lärm und Abgasen belästige. Sepp würde »seine schützende Hand über diese rote Hochburg« nicht zurückziehen.<sup>33</sup>

Zu seiner Verteidigung schrieb Sepp im Mai 1933 an die Regierung von Oberbayern, er habe nie einer Partei angehört, weil der Verwaltungsbeamte »über den Parteien stehen muss.« Das Flaggenhissen habe er untersagt, weil er zu dem Zeitpunkt nicht wusste, ob die bayerische Regierung zurückgetreten war oder nicht. Er habe stets vertreten, die bürgerlichen Parteien sollten sich mit der NSDAP zu einer Einheitsfront gegen den Bolschewismus zusammenfinden, statt sich

gegenseitig zu bekämpfen. Als Beamter habe er im April 1919 einen »Weissputsch gegen die rote Herrschaft in Lindau« mitorganisiert und geleitet. Im Übrigen habe er sich früher im Innenministerium gegen Maßnahmen der Behörden gegen die NSDAP gewandt.<sup>34</sup> Gauleiter Adolf Wagner entschied im Sommer 1933, dass gegen Sepp nichts unternommen werden solle.<sup>35</sup>

Der Gaupersonalamsleiter der NSDAP notierte im Februar 1937 in einer vertraulichen Beurteilung, der Bezirksamtmann würde alle Maßnahmen »einwandfrei und sinngemäß durchführen«. Aber es fehle ihm »die notwendige innere Bindung und Erkenntnis zum nationalsozialistischen Gedankengut«. Die Differenzen mit der NS-Kreisleitung wären deutlich geringer geworden. »Grundsätzliche Bedenken in politischer Hinsicht bestehen nicht.«<sup>36</sup> Zwei Jahre später notierte der Funktionär in München: »Sepp tritt jederzeit rückhaltlos für Bewegung und Staat ein.«<sup>37</sup> Ortsgruppenleiter Böck schrieb 1939, Sepp sei »politisch nicht zu beanstanden, bemüht sich in allen seinen Anordnungen und Anweisungen den Gedankengängen der Partei gerecht zu werden, besucht die Versammlungen regelmässig und zeigt Verständnis für alle Bestrebungen der Partei. Er unterstützt auch die politische Leitung bei gegebener Gelegenheit.«<sup>38</sup>

Im Spruchkammerverfahren im November 1947 erklärte Sepp, er habe der Fördermitgliedschaft bei der SS keine Bedeutung zugemessen und nur in den ersten Jahren gezahlt. Dem VDA und dem Kolonialbund sei er nur wegen persönlicher Beziehungen zu den Vorsitzenden beigetreten.<sup>39</sup> Die Spruchkammer stufte ihn als Mitläufer ein und verhängte eine Sühne von 2000 Reichsmark.<sup>40</sup> Im Februar 1948 genehmigte die Regierung Sepps Antrag auf Wiedereinstellung und versetzte den ehemaligen Landrat in den Ruhestand.

#### *Nachkriegskarrieren*

Die kommunalpolitische Entwicklung in Fürstenfeldbruck zeigt, dass die beiden großen demokratischen Parteien CSU und SPD keine Scheu hatten, mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und rechtslastigen Gruppen zu kooperieren, die ihrerseits keine Einheitsfront bildeten. Langfristig profitierte die CSU davon am meisten. Unmittelbar nach dem Krieg gab es keine CSU-Vormacht, weder im Landkreis noch in Bayern. Die CSU errang bei den ersten Kreistagswahlen in Fürstenfeldbruck 1946 zwar über 68 Prozent der Stimmen, sackte aber bis 1952 auf 21,2 Prozent ab. Die Christsozialen hatten allerlei rechte Konkurrenz wie die »Wirtschaftliche Aufbau Vereinigung« (WAV), die Bayernpartei (BP), die Gruppe »Gemeinschaft« oder den »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (BHE). Erst in der Kreistagswahl 1966 erreichte die CSU erstmals wieder mehr als 35 Prozent der Stimmen.<sup>42</sup> Der Landkreis Fürstenfeldbruck war vordem eine Hochburg der WAV, die die Entnazifizierung massiv bekämpfte und in der Zeit, als ihr Vorsitzender Alfred Loritz als Sonderminister amtierte, effektiv behinderte. Bei der Landtagswahl im Dezember 1946 stimmten 13,6 Prozent der Wähler im Landkreis für diese Partei.<sup>43</sup> Der Brauereibesitzer Sedlmayr, NSDAP- und SA-Mitglied, dem Misshandlung von Zwangsarbeitern vorgeworfen worden war, errang bereits im April 1948 ein Kreistagsmandat für die rechtspopulistische WAV. Der WAV-Landtagsabgeordnete Friedrich Lugmair hatte ihn als Spruchkammervorsitzender ein halbes Jahr zuvor zum Mitläufer erklärt.<sup>44</sup> In Bruck bekam die WAV 1948 zwei Sitze im Stadtrat.<sup>45</sup> Die erste Bundestagswahl 1949 bescherte der Loritz-Partei trotz endloser interner Querelen und Abspaltungen im bayernweiten Bündnis mit Flüchtlingsgrup-

pen rund 16 Prozent in dem Wahlkreis, den Bruck zusammen mit Dachau und Landsberg bildete.<sup>46</sup>

#### *Landrat Ernst Raadts*

Im Kreistag wählten die Vertreter von Bayernpartei, WAV und der Flüchtlingsgruppe »Gemeinschaft« den BP-Vertreter Ernst Raadts 1948 zum Landrat, der CSU-Kandidat Karl Huber, der auch von SPD und KPD unterstützt wurde, verlor.<sup>47</sup> Die »Gemeinschaft« war mit 45 Bewerbern erstmals zur Kreistagswahl angetreten. Sie errang nach der CSU und noch vor der SPD mit 23,5 Prozent die meisten Stimmen und elf Mandate. Ihr Vertreter Artur Lutter, ein früherer NSDAP-Mann, wurde zum stellvertretenden Landrat gewählt.<sup>48</sup>

#### *Otto Kraus und Josef Friedinger*

Otto Kraus verpasste 1956 für den BHE den Einzug in den Kreistag, der 14,5 Prozent und sechs Mandate gewann.<sup>49</sup> Im Oktober 1956 wurden Kraus und Josef Friedinger in den Gemeinderat von Wildenroth gewählt. Friedinger brachte es 1966 zum zweiten Bürgermeister, nachdem er 1960 und 1966 vergeblich für das Amt des ersten Bürgermeisters kandidiert hatte.<sup>50</sup> Als Wildenroth und Unteraltling zur Gemeinde Grafrath vereinigt worden waren, löste Kraus, der inzwischen zur CSU gewechselt war, 1972 den parteifreien Friedinger als Vizechef im Rathaus ab. Grafrath geriet bundesweit in die Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass Kraus als NSDAP-Kreisleiter im so genannten Sudetenland aktiv gewesen war. Die SS-Karriere Friedingers habe ich in dieser Serie bereits beschrieben. Im Spätsommer 1983 legte Kraus sein Amt als zweiter Bürgermeister aufgrund des öffentlichen Drucks nieder.<sup>51</sup> Als Friedinger und Kraus 1984 aus dem Gemeinderat verabschiedet wurden, lobte SPD-Bürgermeister Simon Heimerl ihr Engagement.

#### *Bürgermeister Fritz Bauer*

Ein Paradebeispiel für die kommunalpolitische Karriere eines ehemaligen NSDAP-Mitgliedes ist der Jurist Fritz Bauer, der am 6. April 1952 zum Brucker Bürgermeister gewählt wurde. 1912 in Kaufbeuren geboren, hatte Bauer in München Jura studiert. Er promovierte über die »Eheanfechtungsgründe des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches«. Die Dissertation legte er 1937 der juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen vor. In der Einleitung schrieb er, »die Familie ist die Grundlage des Staates und der Quell völkischen Lebens.«<sup>52</sup> Ein Aspekt war, inwieweit ein »Irrtum über die Rasse« des Ehepartners Scheidungsgrund sei, was Bauer bejahte, sofern der »arische« Ehegatte das Wesen eines angeblichen Rassenschiedes nicht genügend erfasst habe, nämlich, »daß der jüdische Teil die Eigentümlichkeiten seiner Rasse auf die gemeinschaftlichen Nachkommen übertragen könne.«<sup>53</sup> Weil aber der Staat seit dem Sieg des Nationalsozialismus seine »indifferente Haltung« aufgegeben habe und über die Gefahr, »die in der Blutvermischung artfremder Rassen liegt«, aufkläre, sei ein Irrtum nur noch selten anzunehmen, folgerte Bauer. Auch sei »die Welthetze des Judentums gegen das neue Deutschland allgemein bekannt geworden und dadurch jedem Deutschen das Bewußtsein von der Notwendigkeit der eigenen Rassereinheit gekommen«, schrieb der Jurist.<sup>54</sup> Deswegen sei in jedem Fall gründlich zu prüfen, ob der nichtjüdische Ehepartner die Rasseneigenschaft seines Gatten nicht bloß als Vorwand benutze, um eine Scheidung aus persönlichen und materiellen Gründen zu bemänteln.<sup>55</sup> Im April 1940 trat Bauer in die NSDAP ein, dazu in den NS-Rechtswahrerbund und im Juli in die NS-Volkswohlfahrt

und den Kolonialbund.<sup>56</sup> Der SA habe er nicht wirklich angehört, meinte Bauer 1946 im Entnazifizierungsverfahren, sondern »nur insoweit, als ich mit erkauften Papieren bei der Immatrikulation bei der Universität München meine Mitgliedschaft nachweisen musste. Tatsächlich war ich keinen Tag bei der SA, habe auch nie SA Dienst geleistet und nie auch nur braune Uniform getragen.«<sup>57</sup> In Bruck sei seine »ablehnende Einstellung zum Nationalsozialismus von Anfang an offenkundig [gewesen] und es dürfte keinen alteingessenen Fürstenfeldbrucker Bürger geben, der über mich auch nur im Geringsten ein politisch nachteiliges Urteil abgeben könnte.«<sup>58</sup>

Über seinen Werdegang berichtete Bauer, er habe nach dem Jurastudium am Oberlandesgericht München gearbeitet und später zum Finanzamt gewechselt. 1939 habe ihn die Gestapo für einen Tag festgenommen. Anfang 1941 habe er zur Verkehrsverwaltung gewechselt und sei nach Berlin versetzt worden. Dort habe er den Einsatz von Lastwagen privater Unternehmen für die Wehrmacht abgewickelt. Später sei er Tarifdezernent in Riga gewesen und 1942 nach Smolensk strafversetzt worden.<sup>59</sup>

In Dokumenten der NS-Zeit aus dem Bundesarchiv in Berlin liest sich der Verlauf der Karriere anders. Demnach war Bauer seit 15. Juni 1941, wenige Tage vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, in Berlin als Beauftragter des Reichsverkehrsministers beim Oberkommando der Wehrmacht tätig und in dieser Eigenschaft später im besetzten Smolensk eingesetzt.<sup>60</sup> Als er Ende 1941 zum Regierungsrat befördert werden sollte, bescheinigte der Brucker Ortsgruppenleiter Böck, gegen Bauer liege politisch wie charakterlich nichts Nachteiliges vor. Kreisleiter Emmer schrieb 1940, Bauer sei politisch einwandfrei.<sup>61</sup> Der Gauamtsleiter von Oberbayern berichtete, Bauer sei bis März 1934 in einem Lager des Reichsarbeitsdienstes in Schleißheim gewesen. Er habe wegen eines Unfalls mit dem Motorrad vorzeitig ausscheiden und deswegen auch aus der SA austreten müssen.<sup>62</sup> Die Spruchkammer scheint Bauers Angaben nicht weiter geprüft zu haben, noch versuchte sie, über dessen Aktivitäten in Berlin, Riga und Smolensk mehr in Erfahrung zu bringen. Der Kläger hielt ihm zugute, der Nazipartei nur nominell, aus Rücksicht auf seine Karriere, beigetreten zu sein.<sup>63</sup> Die Spruchkammer stufte ihn im Februar 1947 als Mitläufer ein und er musste 400 Reichsmark Sühne zahlen.<sup>64</sup> Als Anwalt vertrat Bauer anschließend mit Erfolg prominente Brucker Nazis wie Kreisleiter Emmer, NS-Frauenchaftsführerin Franziska Heitmeyer, den Entenmaler Franz Gräßel, der Altparteigenosse und förderndes Mitglied der SS gewesen war, und den Blutordensträger Hans Kolb vor der Spruchkammer. Ende der 1940er Jahre startete Bauer seine politische Karriere in Bruck. Im November 1950 kandidierte er erfolglos für die WAV für den Landtag, wobei er sich in seinem Wahlkampf gegen den Bau eines neuen Kreiskrankenhauses wandte.<sup>65</sup> Die desolate WAV, deren Vorsitzender Loritz zu diesem Zeitpunkt mit der Naziorganisation »Sozialistische Reichspartei« pak-tierte, errang bei diesen Wahlen nur 2,8 Prozent in Bayern.<sup>66</sup> Bauer konnte jedoch mit 919 Erststimmen im Landkreis einen Achtungserfolg erringen. Er lag damit an vierter Stelle hinter den Kandidaten von SPD, BP und CSU.<sup>67</sup>

Mehr Erfolg hatte Bauer als Kommunalpolitiker. Zusammen mit Kolb und dem Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Eduard Chwalibog, gründete er eine »Überparteiliche Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger« für die Stadtrats- und Kreistagswahlen 1952.<sup>68</sup> Als die SPD den Überparteilichen vorwarf, von Nazis dominiert zu

werden, tat Bauer diese Kritik als »kleinlich« ab. Auf der 13-köpfigen Liste der »Überparteilichen« finden sich mit Bauer, Kolb, Chwalibog, Hans Mall, Thomas Mall, Hans Maurer, Franz Stimmer und Ernst Volkmann mindestens acht ehemalige NSDAP-Mitglieder.<sup>69</sup> Von ihnen wurden mit Bauer, Kolb, Chwalibog, Maurer und Thomas Mall fünf in den Stadtrat gewählt.<sup>70</sup>

### *Die Überparteilichen*

Der Apotheker Kolb war Mitglied des Freikorps Oberland und Blutordensträger gewesen. 1933 sei er der NSDAP und ein Jahr später der SS beigetreten, schrieb er in seinem Meldebogen. Er gehörte weiteren acht NS-Organisationen sowie als NSDAP-Mitglied von 1939 bis 1945 dem Stadtrat an.<sup>71</sup> Die Ermittlungsabteilung der US-Behörden teilte mit, Kolb sei der SS bereits am 1. April 1932 als förderndes Mitglied beigetreten.<sup>72</sup> Im Entnazifizierungsverfahren behauptete Kolb, der von Bauer als Anwalt vertreten wurde, er habe in den letzten Kriegstagen Widerstand geleistet.<sup>73</sup> Die Spruchkammer stufte Kolb als Mitläufer ein.<sup>74</sup> Hans Maurer, Verwaltungsbeamter und NSDAP-Mitglied ab 1937, dazu im Reichskolonialbund, Beamtenbund und NSV, war ebenso als Mitläufer eingestuft worden wie Stadtoberinspektor Thomas Mall, der am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten war. Der Beförderung zum Oberinspektor ging Mall verlustig, weil sie in der NS-Zeit vorgenommen worden war.<sup>75</sup> Chwalibog hatte die Aufnahme in die NSDAP im Mai 1934 beantragt und war ab 1. April 1939 Mitglied gewesen.<sup>76</sup>

Die Attacken der »Überparteilichen« gegen Parteien und Parteienhader knüpften an die rechte Propaganda der Weimarer Zeit an; dabei sind Parteien und ihre Auseinandersetzungen für eine pluralistische Demokratie essentiell.<sup>77</sup> Bei der großen Wahlveranstaltung der »Überparteilichen« sprachen Bauer und Chwalibog, während Kolb moderierte. Zum Schluss ergriff auch noch der ehemalige NS-Bürgermeister Adolf Schorer das Wort.<sup>78</sup> Ursprünglich hatten die »Überparteilichen« Schorer sogar zu ihrem Bürgermeisterkandidaten küren wollen, scheiterten aber daran, dass dieser als ehemaliger NS-Funktionär aus gesetzlichen Gründen überhaupt nicht antreten durfte.<sup>79</sup>

### *Zwei Mitläufer in der Stichwahl*

Die »Überparteilichen« errangen einen großen Erfolg. Sie zogen mit fünf Sitzen in den Stadtrat und mit zwei Mandaten in den Kreistag ein. Der von den »Überparteilichen« unterstützte Raads von der Bayernpartei wurde bei dieser ersten Direktwahl Landrat, und in Bruck setzte sich Bauer als Bürgermeisterkandidat in der Stichwahl mit 3023 Stimmen gegen den CSU-Kandidaten Leonhard Plonner durch, für den 2089 Bürger votierten.<sup>80</sup> Plonner war 1941 in die NSDAP eingetreten und hatte als Ortsgruppenführer des Reichsbundes für Leibesübungen bei der Gründung des TuS 1939 eine flammende Rede über die »Kraft der Bewegung« gehalten und erklärt: »Der Leitstern unseres Denkens und Handelns ist der Glaube an unseren Führer.« Der SPD-Kandidat Hans Knopp, der mit 1084 Stimmen schon im ersten Wahlgang ausschied, lobte in einer öffentlichen Wahlveranstaltung noch die Leistungen des Nazibürgermeisters Schorer.<sup>81</sup> Der vierte Bewerber um das Amt des Bürgermeisters, der Pianist Karl Sporrer von den unabhängigen »Freunden der Stadt« (UAF) kam nur auf 565 Stimmen. Er hatte Plonner 1946 bei der Spruchkammer wegen dessen Aktivitäten für den Reichsbund für Leibesübungen belastet. Die Spruchkammer hatte Plonner als entlastet eingestuft.<sup>82</sup>

Die SPD hatte sich bei dieser Wahl 1952 mit der Flüchtlingsgruppe »Gemeinschaft« verbündet. Deren Vorsitzender Arthur Lutter stammte aus Köln, war der NSDAP im Mai 1937 beigetreten und hatte als Oberfeldmeister des Reichsarbeitsdienstes fungiert, was im Rang einem Oberleutnant der Wehrmacht gleichkam. Von Vorgesetzten wurde Lutter 1944 als »überzeugter Nationalsozialist« gelobt, der sich beim Straßen- und Brückenbau für die Wehrmacht hervorgetan habe, oftmals unter Feindeinwirkung, wie am 4. September 1941 beim Übergang über den Dnjepr.<sup>83</sup>

Bauer wurde gleich nach seiner Wahl zum Brucker Bürgermeister am 6. April 1952 in eine Affäre verwickelt. Noch am Wahlabend hatte er sich ins Lokal »Drei Rosen« begeben, weil er in diesem Wahllokal die meisten Stimmen bekommen hatte. Wenig später ermittelten die Stadtpolizei und Kriminalbeamte der Landespolizei, ob in der fraglichen Nacht im Beisein des neuen Bürgermeisters jemand im Gasthaus das Horst-Wessel-Lied gesungen und den Bürgermeister mit Hitlergruß begrüßt und der gerade Gewählte ebenso geantwortet habe. Obwohl sich die Kriminalbeamten die Absätze schief liefen, wie die Lokalzeitung höhnte, konnten die Vorwürfe nicht bewiesen werden. Im Stadtrat verteidigte sich die CSU gegen den Vorwurf, die Anzeige sei aus ihren Reihen gekommen, und bestritt, dass der Brucker Polizeichef CSU-Mitglied sei. Das Innenministerium weigerte sich, den Namen des Anzeigers zu nennen. Bauer bestätigte, um Mitternacht in die »Drei Rosen« gegangen zu sein. Er habe sich dort jedoch nur 20 Minuten aufgehalten. Niemand habe in seiner Anwesenheit das Nazilied gesungen, auch sei er nicht mit »Heil Hitler« begrüßt worden und er habe dies auch nicht getan. Bauer bezeichnete die Vorwürfe als »neueste, mit gemeinsten Mitteln aufgezoogene politische Intrige«. Er werde von »bestimmten Stadtplatzkreisen ohne Grund als Nazibürgermeister verschrien« – ein Vorwurf, der sich gegen die CSU richtete. Er habe nie etwas mit der NSDAP zu tun gehabt und zu den wenigen gehört, die sich in Bruck öffentlich etwas gegen die braunen Machthaber zu sagen getraut hätten, tönte der Bürgermeister.<sup>84</sup>

Vor der Kommunalwahl 1956 wechselten Bauer und Kolb von den »Überparteilichen« zu den neu formierten »Freien Wählern«. Bauer wurde als Bürgermeister wiedergewählt, mit Hilfe der CSU. Er setzte sich gegen den SPD-Kandidaten Julius Engel durch, den BHE und der Rest der »Überparteilichen« unterstützten. Auf der Liste der »Freien Wähler« zogen zwei ehemalige Parteigenossen in den Kreistag ein, Bauer und Thomas Stanglmaier, der ehemalige Kassierer der NSDAP in Wildenroth.<sup>85</sup> Bauer blieb bis 1962 für die »Freien Wähler« Bürgermeister von Bruck, 1972 wurde er zweiter Stellvertreter des Landrats.

### *Die Entnazifizierung als Farce*

Als die Spruchkammer im Brucker Amtsgericht ihre Arbeit im Dezember 1948 einstellte, hatte sie elf Nazis als Hauptschuldige (Gruppe 1) und 43 als Belastete (Gruppe 2) eingestuft. Selbst Kreisschulungsleiter Georg Gruber oder Kreispropagandaleiter Reinhard, Bürgermeister wie Adolf Schorer aus Bruck und Arthur Siebner aus Esting, SS- und SA-Unteroffiziere sowie alte Kämpfer und Blutordensträger kamen als Mitläufer davon oder es wurden ihre Verfahren per Weihnachtsamnestie eingestellt. Im Sinne der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Alliierten von 1945 zur Säuberung Deutschlands vom Faschismus und zur Bestrafung der Täter war diese Entnazifizierung eine Farce. Im Sinne jener deutschen Politiker, die die Säuberungen rückgängig machen

wollten, die die US-Militärbehörden unmittelbar nach Kriegsende vorgenommen hatten, war das schwerfällige Procedere ein voller Erfolg.

Eine Folge war, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder und SS-Angehörige ihre Karrieren fortsetzen und nach Gründung der Bundesrepublik 1949 in politischen Gremien und der Verwaltung aufsteigen konnten. Exemplarisch für den Landkreis Fürstfeldbruck habe ich dies an Bauer, Friedinger und Sedlmayr dargestellt, etliche weitere Kommunalpolitiker wären zu nennen. Eine detailliertere Untersuchung würde vermutlich ergeben, dass in den 50er Jahren mehr ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Kommunalparlamenten saßen, als die NSDAP vor 1933 Mandate innehatte.

Insofern ist der Begriff der Befreiung vom Nationalsozialismus, der von Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU) in seiner Rede zum 8. Mai 1985 erstmals in der Bundesrepublik offiziell verwendet wurde, sehr problematisch. Der 8. Mai 1945 symbolisiert die Befreiung Europas von der brutalen deutschen Besatzung und dem Altraum eines deutsch beherrschten Kontinents, er steht für die Befreiung der überlebenden NS-Opfer in Tausenden von Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern. Was jedoch die deutsche Bevölkerung betrifft, so empfand die große Mehrheit der »Volksgenossen« die Kapitulation des Regimes nicht als Befreiung, was sich sprachlich im Begriff des Zusammenbruchs oder der Rede vom verlorenen Krieg ausdrückt.

Die Entnazifizierung bedeutete für viele Nazis die Rehabilitation und die Chance, ihre Karrieren fortzusetzen. Sie ist ein Beleg für den Unwillen vieler Deutscher, den eigenen Schuldanteil zu erkennen. Das zeigt sich auch in dem hier untersuchten Verlauf der Spruchkammerverfahren im Landkreis Fürstfeldbruck. Spätfolgen dieser Verdrängungshaltung sind immer wieder aufflammende Debatten in Kommunalparlamenten über Straßen, die bis heute nach NSDAP-Mitgliedern, Antisemiten und Militaristen benannt sind, der Streit in der Gemeinde Olching 2006 über ein würdiges Gedenken für Zwangsarbeiter oder die mangelhafte Aufarbeitung in der lokalen Geschichtsschreibung.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Die Bevölkerungszahl des Landkreises lag im Juni 1946 bei knapp 59 000 Personen und stieg infolge des Zustroms von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen bis September 1950 auf über 68 000 an. Ein Teil dieser Neubürger wurde ebenfalls entnazifiziert. Zur Bevölkerungsentwicklung vgl. Klaus Wöllenberg: Reich und Republik. In: Hejo Busley, Toni Drexler, Carl A. Hoffmann, Paul Salzmann, Klaus Wöllenberg (Hg.): Der Landkreis Fürstfeldbruck. Fürstfeldbruck 1992, S. 293.

<sup>2</sup> BayHStA, Akten des Sonderministeriums für Entnazifizierung (MSO) 416, Schreiben des CSU-Bezirksverbands Oberbayern an Sonderminister Ludwig Hagenauer (CSU), 21. 1. 1948.

<sup>3</sup> BayHStA, MSO 428, Schreiben Andreas Gassenhuber an Sonderministerium, 10. 5. 1946.

<sup>4</sup> Fürstfeldbrucker Zeitung, 15. 11. 1938, Rubrik »Fürstfeldbrucker Nachrichten aus Stadt und Land«.

<sup>5</sup> Vgl. Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel: Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945. Düsseldorf 2004. Jäckel erklärte zu seinem Buch: »Ich sage nicht, daß alle alles gewußt haben, aber ich sage, daß viele vieles gewußt und es hinterher offenbar gelegnet haben.« Interview in: Jüdische Allgemeine, Nr. 40, 6. 10. 2004. – Peter Longenrich: »Davon haben wir nichts gewusst«. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945. München 2006. Longenrich betont, dass die Verfolgung von Juden und ihre Beseitigung von den Nationalsozialisten als vorrangiges Ziel offen propagiert wurden und öffentlich stattfanden. Ab Ende 1941 habe die NS-Propaganda eine radikale »Endlösung« der »Judenfrage« betont und es habe gezielte Hinweise auf die Vernichtung gegeben, auch wenn Details geheimgehalten wurden.

<sup>6</sup> Ich möchte betonen, dass ich mit 72 untersuchten von insgesamt über 1700 verhandelten Fällen keinen Anspruch auf statistische Repräsentativität erhebe! Gleichwohl sind meine Ergebnisse qualitativ aussagekräftig, da es sich überwiegend um lokale Amts- und Funktionsträger sowie Angehörige der SA und SS handelt, denen Gewalttätigkeiten bzw. Dienst im KZ Dachau vorgeworfen wurde. Der Umgang der Spruchkammer mit diesem Täterkreis wiegt schwerer als die Behandlung der Masse der »kleinen Fische«.

<sup>7</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Franz Völk, Karton 2791, Gemeindearchiv

- Grafath, Stellungnahme des politischen Ausschusses der Gemeinde Wildenroth, 9. 9. 1946.
- <sup>37</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Franz Hagn, Karton 2747.
- <sup>38</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Franz Biber, Karton 2731, Urteil Sprk FFB, 9. 5. 1947. Biber behauptete, er habe die »Deutsche Glaubensbewegung«, der er angehörte und die eine besonders fanatische Naziorganisation war, mit einer Freidenker-Gruppe verwechselt. Die Freidenker sind eher auf der politischen Linken zu verorten. Biber soll angeblich nach dem Ersten Weltkrieg zunächst Kommunist gewesen sein, 1939 sei er »gezwungenermaßen« in die NSDAP eingetreten.
- <sup>39</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Franz Xaver Wölflle, Karton 2795, Protokollnotiz der Spruchkammer, 8. 11. 1946, Urteil der Spruchkammer, 29. 4. 1948.
- <sup>40</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Willy Reinhard, Karton 2775, Protokoll-Verhandlung Spruchkammer, 24. 3. 1948.
- <sup>41</sup> Siehe als Beispiel Anm. 31 und 33.
- <sup>42</sup> Vgl. Peter Bierl: Brucker Maler und Kunstring im Nationalsozialismus. In: Amperland 40 (2004), S. 390ff., insbesondere zu Wölflle S. 393, 395.
- <sup>43</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Franz Xaver Wölflle, Karton 2795, Gutachten der Kommission für Kulturschaffende, München, 13. 11. 1947.
- <sup>44</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Josef Kölbl, Karton 2758, Kölbl, Erläuterung, 10. 8. 1947.
- <sup>45</sup> StAM, Kölbl, Karton 2758, Kölbl, Mein politischer Werdegang, 22. 7. 1946.
- <sup>46</sup> StAM, Kölbl, Karton 2758, Meldebogen Kölbl, 3. 5. 1946; LRA 11593, Akt des Landrats des Kreises Erding, Personalakt Hauptlehrer Josef Kölbl, Alternering.
- <sup>47</sup> StAM, Kölbl, Karton 2758, Schreiben Köbls an die Bürgermeister in Gernerswang und Malching, 1. 11. 1939.
- <sup>48</sup> StAM, Kölbl, Karton 2758.
- <sup>49</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Karl Stölzle, Karton 2788; Stadtarchiv FFB, Schreiben Rosa Hallmeier an Stadtverwaltung, 21. 11. 1946.
- <sup>50</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Ludwig Hinträger, Karton 2751.
- <sup>51</sup> BayHStA, MSo 841, Spruchkammerpersonal, Schreiben der Militärregierung, 12. 3. 1947; MSo 483, Ernennungsurkunde für Josef Hartl, 20. 5. 1947; Amtliches Nachrichtenblatt FFB, Kandidaten zur Kreistagswahl, Liste CSU, 24. 4. 1946; Amtliches Nachrichtenblatt FFB, Ergebnis der Kreistagswahl, 10. 5. 1946.
- <sup>52</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Ludwig Hinträger, Karton 2751, Schreiben Anwalt Max Nusser an Sonderministerium, 13. 9. 1947.
- <sup>53</sup> BayHStA, MSo 841, Spruchkammerpersonal, Schreiben der Militärregierung, 29. 9. 1947; MSo 483, Schreiben Sonderministerium, Amtsenthebung, 30. 9. 1947. Hartl hatte in seinem Meldebogen lediglich angegeben, dass er Mitglied der NS-Kriegsopferversorgung (NSKOV) sowie des Luftschutzbundes gewesen sei, vgl. Meldebogen, 6. 12. 1946. Aus den Akten ist nicht ersichtlich, ob Hartl wegen Falschangaben im Meldebogen belangt wurde. Hartl wurde 1948 und 1952 für die CSU in den Kreistag gewählt, 1956 schaffte er es nicht.
- <sup>54</sup> StAM, Hinträger, Karton 2751, Schreiben Hinträger an Kreisleiter Emmer, 6. 12. 1940.
- <sup>55</sup> StAM, Hinträger, Karton 2751, Kläger Sprk Moosburg, 28. 1. 1948.
- <sup>56</sup> StAM, Hinträger, Karton 2751, Urteil Sprk FFB, 29. 4. 1948.
- <sup>57</sup> StAM, Hinträger, Karton 2751, Hauptkammer München, 6. 10. 1950.
- <sup>58</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Karl Sepp, Karton 1521; BayHStA, Innenministerium (MInn), Personalakte Karl Sepp, Anzeige des Bezirksoberrichters Karl Sepp über Zugehörigkeit und Tätigkeit in der NSDAP und ihren Gliederungen, 1. 11. 1938; Bundesarchiv Berlin (BA), NSDAP-Zentralkartei, NSDAP-Gaukartei.
- <sup>59</sup> StAM, Sepp, Karton 1521, Aussage Anita Moor, 13. 8. 1946, Aussagen Uhl und Tauschek laut Protokoll Verhandlung Sprk FFB, 11. 11. 1947.
- <sup>60</sup> BayHStA, MInn, Personalakte Sepp, Schreiben Schorer und Lorenz Mark, 20. 3. 1933. Dieses Schreiben wurde in den jeweiligen Verfahren gegen Schorer und Mark nicht als belastendes Material verwendet, ebenso wenig wie eine weitere Denunziation Marks (siehe Anm. 12). Der Multifunktions- und Stadtrat Mark behauptete in seinem Prozess, er sei ab 1937 nicht mehr aktiv gewesen und habe sich mit der Kreisleitung zerstritten. Er wurde als Mitläufer eingestuft und musste 500 Reichsmark Sühne bezahlen, StAM, Entnazifizierungsakte Lorenz Mark, Karton 2765, Meldebogen Lorenz Mark, 5. 5. 1946, Urteil Sprk FFB, 22. 4. 1948.
- <sup>61</sup> BayHStA, MInn, Personalakte Sepp, Schreiben Ludwig Scheidner, 17. 3. 1933.
- <sup>62</sup> BayHStA, MInn, Personalakte Sepp, Schreiben Lorenz Mark an NSDAP-Gauleitung, 20. 3. 1933, siehe auch Anm. 31.
- <sup>63</sup> BayHStA, MInn, Personalakte Sepp, Schreiben Sepp an ROB, 21. 5. 1933.
- <sup>64</sup> BayHStA, MInn, Personalakte Sepp, Schreiben Gauleiter Adolf Wagner an das bayerische Innenministerium, 6. 7. 1933.
- <sup>65</sup> BayHStA, MInn, Personalakte Sepp, Gaupersonalaminister an Innenministerium, Politische Beurteilung, 13. 2. 1937.
- <sup>66</sup> BA, PK 9. 2. 80, Sepp Karl, Gaupersonalaminister, 22. 3. 1939.
- <sup>67</sup> BA, PK 9. 2. 80, Sepp Karl, ausführliches Gesamturteil Böck, 6. 3. 1939.
- <sup>68</sup> StAM, Sepp, Karton 1521, Aussage Sepp laut Protokoll Verhandlung Sprk FFB, 11. 11. 47.
- <sup>69</sup> StAM, Sepp, Karton 1521, Sprk FFB, 11. 11. 1947.
- <sup>70</sup> BayHStA, MInn, Personalakte Sepp, ROB, 17. 2. 1948.
- <sup>71</sup> Wöllenberg (a. a. O.), S. 311.
- <sup>72</sup> Hans Wöllner: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955. Stuttgart 1982, S. 173.
- <sup>73</sup> Vgl. Teil 2 der Serie zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstenfeldbruck.
- <sup>74</sup> Amtsblatt, Nr. 13, 30. 4. 1948.
- <sup>75</sup> Amtsblatt, Nr. 33, 19. 8. 1949.
- <sup>76</sup> Amtsblatt, Nr. 17, 8. 6. 1948.
- <sup>77</sup> Amtsblatt für den Kreis und die Stadt FFB, 20. 4. 1948, 30. 4. 1948, 21. 5. 1948, 8. 6. 1948.
- <sup>78</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 24. 3. 1956; Wöllenberg (a. a. O.), S. 311.
- <sup>79</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 28. 3. 1960, 14. 3. 1966.
- <sup>80</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 16. 10. 1979, 17. 10. 1979, 19. 10. 1979, 24. 10. 1979; Süddeutsche Zeitung FFB, 18. 8. 1983, 17./18. 10. 1981, 21. 10. 1983, 23. 10. 1981; Abendzeitung, 22. 10. 1983.
- <sup>81</sup> Fritz Bauer: Die Eheanfechtungsgründe des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts (Dissertation). Fürstenfeldbruck 1937, S. 5.
- <sup>82</sup> Zit. ebd., S. 33.
- <sup>83</sup> Zit. ebd., S. 34.
- <sup>84</sup> Ebd., S. 35 f.
- <sup>85</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Fritz Bauer, Karton 2729, Meldebogen Fritz Bauer, 15. 8. 1946.
- <sup>86</sup> Zit. StAM, Fritz Bauer, Karton 2729, Beiblatt zum Meldebogen.
- <sup>87</sup> Zit. StAM, Fritz Bauer, Karton 2729, Schreiben Bauers an die Sprk FFB, 5. 11. 1946.
- <sup>88</sup> StAM, Fritz Bauer, Karton 2729, Meldebogen, 15. 8. 1946, Schreiben Bauers an die Sprk FFB, 5. 11. 1946.
- <sup>89</sup> BA, PK A 212, Bauer Fritz, Schreiben NSDAP-Parteikanzlei, Führerbau München, vertraulich an Gauleitung, 6. 12. 1941, Bild 1360, Gesamturteil Gauamtsleiter, 24. 8. 1942, Bild 1336.
- <sup>90</sup> BA, PK A 212, Bauer Fritz, Schreiben Böck, 26. 1. 1942, Schreiben Emmer, 6. 7. 1940.
- <sup>91</sup> BA, PK A 212, Bauer Fritz, Schreiben Gauamtsleiter, 15. 1. 1942.
- <sup>92</sup> StAM, Fritz Bauer, Karton 2729, Kläger, 13. 2. 1947.
- <sup>93</sup> StAM, Fritz Bauer, Karton 2729, Urteil der Sprk FFB, 21. 2. 1947.
- <sup>94</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 20. 11. 1950, 27. 11. 1950.
- <sup>95</sup> Wöllner (a. a. O.), S. 130ff., S. 171; Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch. Bd. 4. Opladen 1986, S. 2468 f.; Manfred Jenke: Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Berlin 1961, S. 51ff.
- <sup>96</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 27. 11. 1950.
- <sup>97</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 22. 3. 1952.
- <sup>98</sup> Stadtarchiv FFB, Wahlzettel zur Wahl der Stadtratsmitglieder am 30. März 1952.
- <sup>99</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 1. 4. 1952.
- <sup>100</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Hans Kolb, Karton 2759, Meldebogen Kolb, 6. 5. 1946.
- <sup>101</sup> StAM, Kolb, Karton 2759, Special Branch, 17. 6. 1947.
- <sup>102</sup> Stadtarchiv FFB, eidesstattliche Erklärung Hans Kolb, 3. 12. 1946.
- <sup>103</sup> StAM, Kolb, Karton 2759, Sprk FFB, 14. 8. 1947.
- <sup>104</sup> Stadtarchiv FFB, Hans Maurer, A 0-5/10, Sprk FFB, Spruch vom 21. 5. 1947; Thomas Mall, A 0-5/10, Sprk FFB, 17. 2. 1948; BA, Mall Thomas, 3200 O 0026, Bild 1799, PK H 0358, Bild 0051 ff.
- <sup>105</sup> BA, Chwalibog Eduard, 31 tt, D 0132, Bild 2488. Zu den übrigen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern auf der Überparteilichen Liste: Hans Mall, Mitarbeiter der Stadtwerke, NSDAP-Mitgliedsnummer 4.821.842, von 1935 bis 1939 bei der SA-Reserve, wurde von der Spruchkammer als Mitläufer eingestuft (Stadtarchiv FFB, Hans Mall, A 0-5/10, Schreiben Kläger, 14. 7. 1947, Sprk FFB, 4. 8. 1947), ebenso Ernst Volkman, geboren 17. 11. 1904, in Rossbach Tschoslowakei, der der NSDAP 1938 beitrug (Stadtarchiv FFB, Unterlagen Spruchkammer), Franz Stimmer, geboren 28. 5. 1915 in Fürstenfeldbruck, HJ-Fähnleinführer 1934/35, Eintritt in die NSDAP, bekam die Weihnachtsamnestie aufgrund seiner Jugend (Stadtarchiv FFB, Unterlagen Spruchkammer).
- <sup>106</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, Anzeige der Überparteilichen, 29./30. 3. 1952.
- <sup>107</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 29./30. 3. 1952.
- <sup>108</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 25. 3. 1952, 29. 3. 1952.
- <sup>109</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 29./30. 3. 1952, 31. 3. 1952, 1. 4. 1952, 7. 4. 1952.
- <sup>110</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 25. 3. 1952.
- <sup>111</sup> StAM, Entnazifizierungsakte Leonhard Plonner, Karton 2773, Sprk FFB, 9. 1. 1947, Schreiben Karl Sporrer an Sprk FFB, 28. 5. 1946.
- <sup>112</sup> BA, Lutter Arthur, 3200 N 0084, Bild 522f., DS Reichsarbeitsdienst/G 0155, Bild 1472ff., insbesondere Bild 1482 sowie Eignungsbeurteilung zum 1. 8. 1944, Bild 1492f.
- <sup>113</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 23. 10. 1952, 8./9. 11. 1952, 11. 11. 1952, 25. 11. 1952.
- <sup>114</sup> Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 24. 3. 1956, 28. 3. 1956, 30. 3. 1956; Gemeindecarchiv Grafath, Thomas Stanglmaier, Stellungnahme der Gemeinde Wildenroth, 24. 7. 1946: Darin heißt es, Stanglmaier habe sich »als aktiver Nationalsozialist hervorgetan« und daraus »geschäftliche Vorteile« gezogen. Stanglmaier wurde als Mitläufer eingestuft, wogegen der Bürgermeister Widerspruch einlegte, weil der Betroffene angeblich falsche Angaben im Meldebogen gemacht habe und nicht erst 1937, sondern schon 1933 in die NSDAP eingetreten sei.

#### Danksagung

Ich bedanke mich bei Robert Bierschneider, Staatsarchiv München, und Michael Volpert, Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, für ihre Hilfe bei der Suche nach Unterlagen, sowie bei Micky Haque, Berlin, der im Bundesarchiv, dem früheren Berliner Document Center, für mich Akten ausgewertet hat.

Anschrift des Verfassers:

Peter Bierl, Kirchberg 7, 86938 Schondorf, peterbierl@gmx.de